

Eigennutz als Grundmaxime in der Politik? : eine Überprüfung des Eigennutzaxioms der ökonomischen Theorie der Politik bei Stimmbürgern, Parlamentariern und der Verwaltung [Adrian Vatter]

Autor(en): **Epple, Ruedi**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **2 (1995)**

Heft 3

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Nutzungsbedingungen

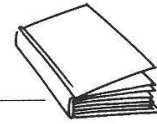
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



En filigrane de l'ensemble du livre et de façon explicite dans l'épilogue, P. Moser soulève la question de la situation des paysans dans une société capitaliste et de leur positionnement par rapport au mouvement ouvrier et à la bourgeoisie. À la fois entrepreneurs et travailleurs, dépendants de l'État, mais aussi soumis, dans une certaine mesure, aux règles du marché, les paysans ont constamment exprimé dans leur discours la complexité de leur situation sociale; cela s'est notamment traduit à travers les nombreuses divisions évoquées plus haut. La paysannerie incarne de façon exemplaire les multiples contradictions qui traversent notre société et constitue en cela un sujet d'étude très riche. Malgré l'ampleur de la période couverte, P. Moser, en se basant tant sur d'abondantes sources primaires que sur la littérature existante, a su rendre compte avec précision des multiples aspects caractérisant l'évolution du monde agricole.

André Mach (Lausanne)

ADRIAN VATTER
EIGENNUTZ ALS GRUNDMAXIME
IN DER POLITIK?
EINE ÜBERPRÜFUNG DES EIGENNUTZAXIOMS DER ÖKONOMISCHEN THEORIE DER POLITIK BEI STIMMBÜRGERN, PARLAMENTARIERN UND DER VERWALTUNG

PAUL HAUPT, BERN 1994, 377 S., 26 TAB., FR. 68.–

Wie steht es um die empirische Relevanz des «Modells vom nutzenmaximierenden Individuum», das seit einiger Zeit in den anglo-amerikanischen Sozialwissenschaften und neuerdings auch in der hiesigen Geschichtswissenschaft mit so viel Selbstgefälligkeit daherkommt? (Vgl. «Debatte» in *Traverse* 1994/3). Adrian Vatter hat in seiner politologischen Ber-

ner Dissertation den Versuch unternommen, dieses Modell einer empirischen Überprüfung zu unterziehen. Dabei hat er wie einstmals Odysseus einen Weg zwischen Skylla und Charybdis gesucht: Einerseits betrachtet er «die Eigennutzannahme nicht [...] als deduktiv festgelegte Ausgangsbedingung», wie das die Vertreter der Ökonomischen Theorie der Politik üblicherweise tun. Andererseits schliesst Vatter das «Modell vom nutzenmaximierenden Individuum» auch nicht zum vorneherein als Erklärung für das Verhalten von politischen Akteuren aus, wie das etwa Vertreter eines soziologischen Ansatzes in der Politikwissenschaft praktizieren. Stattdessen definiert Vatter das «Grundaxiom vom eigennützigem Akteur zur abhängigen Variablen» um und eröffnet damit die Möglichkeit seiner empirischen Falsifizierung. Vatters Interesse ist «nicht die grundsätzliche Zustimmung oder Verwerfung des Eigennutzaxioms», sondern die Frage, «unter welchen Bedingungen sich politische Akteure eigennützig im Sinne der Ökonomischen Theorie der Politik verhalten und welche empirische Relevanz dieses zentrale Grundaxiom des ökonomischen Theorie-modells besitzt». (S. 16)

Die politischen Akteure, deren Verhalten Vatter untersucht, sind die StimmbürgerInnen, die nach den Annahmen der Ökonomischen Theorie der Politik ihren persönlichen Nutzen, ParlamentarierInnen, welche ihre Wiederwahlchancen, und Verwaltungsstellen, welche ihr Budget maximieren. Um eine empirische Überprüfung des Eigennutzaxioms vornehmen zu können, muss Vatter einen engen Nutzenbegriff verwenden. Er ist sich bewusst, dass jede weitgefaste Nutzendefinition empirisch nicht überprüfbar, weil tautologisch ist.

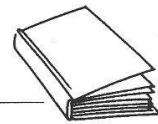
Getestet werden die Hypothesen an zwanzig Entscheidungsfällen, bei denen ein «örtlich begrenzter Nutzen des Ent-

scheidungsgegenstandes» gegeben ist. Konkret handelt es sich um kantonale «Sachvorlagen» über öffentliche Dienstleistungen, die «vom gesamten Kanton indirekt über Steuern finanziert werden» mussten, aus denen aber «nur einzelne Gemeinden oder Regionen» Nutzen ziehen konnten, beispielsweise Spitalbauten, Entlastungs- und Umfahrungsstrassen, Lawinenverbauungen sowie Energieanlagen. Mit den Kantonen Bern, Uri, Schaffhausen und Basel-Landschaft berücksichtigt Vatter zudem vier unterschiedliche Kontexte.

Vatter beschreibt jeden einzelnen Fall und nimmt das Verhalten der Verwaltungsstellen, der ParlamentarierInnen und der StimmbürgerInnen unter die Lupe. Nach vorweg definierten Kriterien entscheidet er, ob sich die Akteure eigennützig, neutral oder solidarisch verhalten haben. Grundannahme ist, «dass die bereitzustellenden öffentlichen Güter eindeutig einen positiven Nutzen für die Standortgemeinde bewirken», woraus folgt, «dass mit zunehmender örtlicher Nähe zum Abstimmungsgegenstand die Wahrscheinlichkeit steigt, von dieser auch überproportional profitieren zu können, d. h., dass von einer zunehmenden Erhöhung der objektiven Nutzenerwartung auszugehen ist». (S. 35) Bei den StimmbürgerInnen liegt zum Beispiel dann ein «eigennütziges Verhalten» vor, wenn «die geographische Distanz zum Entscheidungsgegenstand» einen «signifikant negativen Einfluss zur Erklärung der Ja-Stimmenanteile der Gemeinden» ausübt. «Solidarisches Verhalten» ist dann gegeben, wenn die geographische Distanz keinen oder sogar einen signifikant positiven Einfluss auf die Ja-Stimmenanteile ausübt. Doch gibt sich Vatter damit noch nicht zufrieden. Er setzt in die Regressionsgleichungen auch eine Reihe weiterer Variablen ein. Dadurch erreicht er nicht nur eine Kontrolle der Variable

«Distanz», sondern kann gleichzeitig auch prüfen, wie weit andere Variablen, die von einem soziologischen (Konfession, Sprache, Wirtschaftsstruktur) oder einem politischen Ansatz (Parteistimmenanteile) in die Analyse einbezogen würden, die Varianz der Ja-Stimmenanteile erklären.

Anhand der auf diese Weise gewonnenen Daten kommt Vatter in die Lage, das Akteursverhalten zu analysieren, die Bedeutung der ökonomischen Nutzenvariablen herauszuarbeiten und mit den soziologischen Strukturvariablen und den politischen Variablen zu vergleichen. Für das Abstimmungsverhalten der StimmbürgerInnen kommt er dabei zum Ergebnis, «dass bei den untersuchten Sachabstimmungen, bei denen konkrete und einfache Kostenfragen mit unterschiedlichem Nutzen für die Abstimmenden im Mittelpunkt stehen, [...] eigennützige und projektspezifische Überlegungen eine grosse Bedeutung erhalten». Einschränkend aber muss Vatter festhalten, dass es sich von der Untersuchungsanlage her um Entscheidungsfälle handelt, die für die Anwendung der Axiome der Ökonomischen Theorie der Politik als besonders geeignet erscheinen, und dass die Relevanz der kurzfristigen und ökonomischen Einflussfaktoren bei Sachabstimmungen geringer ist, «wenn es sich um Kredite für Projekte mit direkter Schutzfunktion» handelt, wenn die Entscheidungen «in kleinen und traditionell strukturierten Entscheidungsräumen» getroffen werden und wenn bei der «Vorlage eine tiefe Konfliktintensität» besteht. Zudem stellte er fest, dass auch «einzelne sozio-kulturelle Faktoren, wie die Konfession, einen wichtigen Beitrag zur Erklärung des unterschiedlichen Stimmverhaltens» liefern. (S. 269f.) Vatters Fazit ist ein Plädoyer für eine «sinnvolle und pragmatische Berücksichtigung ökonomischer Ansätze» in Abstimmungsanalysen. Dabei kann es seiner Meinung nach aber ausdrücklich



nicht darum gehen, «die ökonomischen Verhaltensannahmen in ihrer ausschliesslichen Form zu übernehmen», dazu reicht ihre empirische Relevanz nicht aus und sind die Probleme auf theoretischer Ebene zu gross. Vielmehr müssen sie mit andern theoretischen Konzepten verknüpft und empirisch überprüfbar gemacht werden.

Für den historisch interessierten Leser ist Vatters Studie dort von Interesse, wo seine Ergebnisse zeigen, «dass eigennütziges Verhalten stark von einzelnen Umweltbedingungen abhängig» (S. 325) und zum Beispiel dann ausgeprägt ist, wenn «der Entscheidungsraum wirtschaftlich entwickelt ist, eine dichte Besiedlung und eine hohe Mobilität aufweist». (S. 257) Daraus lässt sich nämlich folgern, dass auch das «nutzenmaximierende Individuum» historisch geworden und gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen unterworfen ist und keine anthropologische Konstante darstellt (vgl. Rudolf Lüscher, Henry und die Krümelmonster. Versuch über den fordistischen Sozialcharakter, Tübingen 1988). Wertvoll ist auch die fundierte theoretische Auseinandersetzung mit der Ökonomischen Theorie der Politik, mit der Vatter seine Dissertation abschliesst. Hier wird das «Modell vom nutzenmaximierenden Individuum» auf seine Kohärenz und seine Brauchbarkeit zur Analyse politischer Prozesse hin geprüft, an normativen Kriterien gemessen und historisch verortet.

Vatters Studie ist inhaltlich klar aufgebaut und bietet hohe methodische Transparenz. Das aufwendige Verfahren, mit dem die Kategorisierung des Verhaltens der ParlamentarierInnen anhand der schriftlichen Protokolle vorgenommen wurde, spricht für grosse Sorgfalt in der Methode. Ermüdend wirken bei der Lektüre die häufigen inhaltlichen und sprachlichen Wiederholungen. In ganz wenigen Fällen – ich konnte nur die Baselbieter Beispiele überprüfen – wäre über die

Kategorisierung des Verhaltens einzelner ParlamentarierInnen noch einmal zu diskutieren.

Gut bekommen wäre dem Buch ein sorgfältiges Lektorat. Geringfügige Fehler und sprachliche Schwächen wären dadurch vermeidbar gewesen. Dieser Mangel ist aber weniger dem Autor als dem Verlag anzulasten. Hier rächen sich nämlich die neuen Satz- und Drucktechniken, welche ganze Arbeitsschritte einer guten Buchproduktion zu überspringen erlauben. Der grosse Berner Haupt-Verlag könnte in der Reihe «Berner Studien zur Politikwissenschaft», die durch Vatters Dissertation eingeführt wird, einiges besser machen.

Ruedi Epple (Liestal)

HEINZ LOOSER ET AL. (HG.) **DIE SCHWEIZ UND IHRE SKANDALE**

LIMMAT VERLAG, ZÜRICH 1995, 318 S., FR. 34.–

Was war das nur für eine merkwürdige Geschichte mit «weichen Bunkern»? Und wie verhielt sich das genau mit dem «Demokratischen Manifest», Herrn Cincera und seinem Archiv? Auch eifrige ZeitungsleserInnen sind oft überfordert, das Gedächtnis ist notorisch unzuverlässig, Realität und Legende mischen sich in den kolportierten Erzählungen von den bekannt gewordenen politischen Affären der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg.

Eine höchst praktische, von einem Autoren-Team verfasste Skandal-Chronik mit sechzehn ausführlicher recherchierten Fällen und einer ausführlicheren Kurzübersicht im Anhang verspricht in solchen und vielen anderen Fragen rasche Orientierung. Und was angesichts der Thematik naheliegt: diese Geschichten besitzen ihren Unterhaltungswert,